

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

| | | |
|-----------------------------------|-------------------|------------|
| Stadtamt | Stellungnahme-Nr. | Datum |
| Amt 50 | S0187/10 | 16.07.2010 |
| zum/zur | | |
| F0107/10 – FDP-Fraktion | | |
| Bezeichnung | | |
| Projekt Bürgerarbeit in Magdeburg | | |
| Verteiler | Tag | |
| Der Oberbürgermeister | 10.08.2010 | |

1. Haben sich städtische Gesellschaften oder Gesellschaften mit städtischer Beteiligung bisher an dem Projekt beteiligt? Wenn ja, welche, in welchem Umfang und für welche Aufgaben?

Das im Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt gestartete Modellprojekt "Bürgerarbeit" hat laut Bundesagentur für Arbeit an insgesamt sechs Standorten signifikant zur Reduzierung der regionalen Arbeitslosigkeit beigetragen.

Nach dem Laborversuch in der Lebenshilfe Werk Magdeburg gGmbH wurde das Projekt in den Orten Bad Schmiedeberg, Barleben, Gerbstedt, Kelbra und Hecklingen etabliert. Aktuell sind hier insgesamt rund 430 Personen in gemeinnützigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen tätig. Durch den ganzheitlichen Ansatz einer konsequenten Aktivierung des gesamten Arbeitslosenbestandes sei es gelungen, die Arbeitslosigkeit an allen Standorten nachhaltig um 50 bis 65 Prozent zu reduzieren, ohne den Ersten Arbeitsmarkt zu beeinträchtigen.

Nach den erfolgreichen Tests in Sachsen-Anhalt wurde das Projekt "Bürgerarbeit" im Sommer 2007 in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Thüringen in der Kleinstadt Schmölln im Kreis Altenburger Land etabliert. Gegenwärtig haben hier 135 Personen eine gemeinnützige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen. Auch hier gelang es, die Arbeitslosigkeit um die Hälfte zu reduzieren.

Seit dem Februar 2008 wird das Konzept „Bürgerarbeit“ unter dem Namen „Job-Perspektive Plus“ auch an drei bayerischen Standorten mit vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit umgesetzt. Trotz verschiedener Rahmenbedingungen entsprachen laut BA der in Weiden, Coburg und Hof erzielte Erfolg und die Erfahrungen weitgehend denen, die in Sachsen-Anhalt und Thüringen gewonnen werden konnten.

Neben den in Zahlen zu messenden Ergebnissen haben besonders der Zugewinn an Motivation und Selbstwertgefühl für die ehemals langzeitarbeitslosen Personen und die Verringerung der Folgekosten von Arbeitslosigkeit zum Erfolg des Projektes beigetragen.

Die Modellprojekte werden, auch mit Unterstützung der jeweiligen Landesregierungen, weiter fortgeführt.

Aufgrund des Charakters als einzelne Modellprojekte oder „Laborversuche“ der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der BA im Verbund mit der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der damaligen alleinigen Auswahl bzw. Festlegung der Lebenshilfe als Träger in Magdeburg gab es bis 2010 keine Möglichkeit für städtische Gesellschaften oder Gesellschaften mit städtischer Beteiligung sich an der Bürgerarbeit in Magdeburg zu beteiligen.

Ansätze in 2007 bzw. 2009, die Bürgerarbeit in Magdeburg flächendeckend umzusetzen, wurden aufgrund der Finanzierungsprobleme im Bund nicht verwirklicht.

Das seit Frühjahr 2010 im Anschluss an den CDU/CSU/FDP-Koalitionsvertrag ausgeschriebene bundesweite Modellprojekt Bürgerarbeit sieht nunmehr die Beteiligung der Kommunen und ihrer Gesellschaften sowie Freier Träger bei der Schaffung und Besetzung der Bürgerarbeitsplätze vor. Diese können nach dem Konzept der Bürgerarbeit frühestens ab dem Januar 2011 besetzt werden.

Die Bewerbung der Jobcenter ARGE Magdeburg GmbH, die zusammen mit der LH Magdeburg und der Arbeitsagentur in einem prozessbegleitenden Steuerungskreis erarbeitet wurde und 700 Bürgerarbeitsplätze für Magdeburg vorsieht ist am 09.07.2010 durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestätigt worden.

2. Ist bekannt, wo es in Magdeburg Bürgerarbeitsstellen gibt und welcher Art diese sind?

Zunächst 2006 und bisher als einziges Bürgerarbeitsprojekt wurden bei der Lebenshilfe in Magdeburg für 20 langzeitarbeitslose Menschen Arbeitsplätze geschaffen. Die Lebenshilfe ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die sich um die Betreuung von behinderten Menschen kümmert.

Die ersten „Bürgerarbeiter“ wurden zunächst befristet für ein Jahr als Assistenten in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen und den angegliederten Wohnstätten eingesetzt und sollten unterstützende Hilfen leisten und Menschen mit Behinderungen individuell begleiten. Die Arbeitsfelder wurden im Verlauf des Projektes erweitert und erstrecken sich über verschiedene Bereiche des Gemeinwohls. Gegenwärtig sind dort noch ca. 10 Bürgerarbeitsplätze besetzt.

Finanziert werden die neuen Arbeitsplätze aus Mitteln der Agentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaft in Magdeburg sowie des Landes Sachsen-Anhalt.

3. Haben sich städtische Gesellschaften mit städtischer Beteiligung für die Durchführung von Projekten beworben? Wenn ja, welche und wofür?

Bei dem aktuell zu startenden bundesweiten Modellprojekt Bürgerarbeit hat sich Magdeburg mit 700 Bürgerarbeitsplätzen beim BMAS beworben. Von Juli bis Dezember 2010 sollen in den Phasen 1-3 durch die ARGE ca. 2.500 bis 3.000 Personen aktiviert und davon ab 2011 in die passenden Bürgerarbeitsplätze von Trägern, d. h. AQB und GISE als städtische Gesellschaften und Freie Träger als Arbeitgeber, integriert werden. Die ARGE trifft die Auswahl der Personen, die LH Magdeburg sorgt für die Einsatzbereiche und Tätigkeitsfelder in Zusammenarbeit mit den Trägern, die Träger begründen die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse. Sie sind es auch, die die Förderung beim Bundesverwaltungsamt beantragen müssen; dieses bewilligt die Förderung nach Prüfung der Kriterien, u. a. der Zusätzlichkeit, des öffentlichen Interesses, der Wettbewerbsneutralität und der Gemeinnützigkeit der Bürgerarbeitsplätze und ihrer Tätigkeitsinhalte.

Gegenwärtig wird seitens der LH Magdeburg eine Abfrage von Bedarfen und Interessensbekundungen in der öffentlichen Verwaltung sowie bei den genannten Trägern vorbereitet, die konkrete Anzahlen von zu schaffenden Arbeitsplätzen und die Benennung der Tätigkeitsfelder beinhalten sollen. Erste Interessensbekundungen liegen bereits vor, auch von den städtischen Gesellschaften AQB und GISE. Hinsichtlich der o. g. Kriterien sollen dann ab ca. Herbst sofern notwendig Förderprioritäten bzw. Förderempfehlungen für die Bürgerarbeitsprojekte unter Einbeziehung der Beiräte der ARGE erarbeitet werden.

Brüning